

# KONFERENZBERICHT

**Brüssel**

**November 2015**

## **Deutschland, Israel und Europa**

Deutschland, Israel, Europa war der Titel einer Konferenz, zu der die Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel am 9. und 10. November 2015 mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem American Jewish Committee einlud. Am ersten Abend wurden die deutsch-israelischen Beziehungen vertieft, die ihren offiziellen diplomatischen Beginn vor 50 Jahren hatten. Am Folgetag lag der Schwerpunkt auf dem Verhältnis zwischen der Europäischen Union (EU) und Israel, dessen vertragliche Grundlage vor 40 Jahren mit einem Kooperationsabkommen geschaffen wurde. Hochrangige Redner auf europäischer Seite wie Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament (EP), und Fulvio Martusciello, EP-Delegationsleiter für die Beziehungen zu Israel sowie zahlreiche israelische Sprecher nutzten das Forum, um den besonderen Wert der strategischen Partnerschaft mit Israel zu betonen. Ein Programmpunkt war auch die Vorstellung von EU-Projekten der Hanns-Seidel-Stiftung im Rahmen der Partnerschaft für Frieden zur regionalen Umweltkooperation zwischen Israel, Palästina und Jordanien. Impulsredner des ersten Abends war der Historiker und Publizist Michael Stürmer.

### Die Lage im Nahen Osten

Der Lage im Nahen Osten und dem Zerfall der Staatsstrukturen dort galten die Überlegungen von Michael Stürmer. Die Hoffnung des Westens, dass der arabische Frühling zu demokratischen Transformationsprozessen führe, habe sich als Illusion erwiesen. Vielmehr müsse man sich auf eine anhaltende Instabilität einstellen und regionale Entwicklungen wie das machtpolitische Ausgreifen des Iran im internationalen Kontext sehen. Dazu gehöre, dass in den USA innenpolitische Themen dominierten und Russland jetzt wieder in die Weltpolitik zurückdränge. In dieser komplizierten und gefährlichen Nachbarschaft erscheine Israel als Felsen der Stabilität, der den Beziehungen zu den USA Priorität beimesse und zugleich auf die eigene Stärke setze. Der wirtschaftliche, demografische und militärische Wachstumskurs Israels sei beeindruckend, so Stürmer. Im Unterschied zu Deutschland, das sich während des Kalten Krieges immer auf den NATO-Schutz verlassen habe, sei die Sicherheitslage für Israel eine ständige Herausforderung, in der man sich keinen Fehler erlauben könne. Jede außenpolitische Fehlperzeption könne

dramatische Konsequenzen nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund sei es verständlich, dass pazifistische Überlegungen in Israel an enge Grenzen stießen. Das Diktum von Angela Merkel sei jedenfalls zu begrüßen, dass Israels Sicherheit deutsche Staatsräson sei, doch auf den Praxistest sollte es besser nicht ankommen müssen. Das Existenz- und Selbstbestimmungsrecht Israels, so Markus Ferber, den westlichen Konsens resümierend, sei der Ausgangspunkt der Stabilisierungsbemühungen. Angesichts der Propaganda gegen Israel und der asymmetrischen Kriegsführung auf arabischer Seite, die sich häufig als die unschuldige und militärisch unterlegene Seite präsentiere, sei es jedoch schwierig, im Nahost-Friedensprozess immer die richtigen politischen Schlüsse zu ziehen.

### Auswirkungen auf Deutschland und Europa

Die Konflikte und die Instabilität im Nahen Osten haben direkte Rückwirkungen auf Deutschland, wie die gegenwärtige Flüchtlingskrise deutlich zeigt. Für Stürmer werde durch diese Einwanderungswelle die Gesellschaft in Deutschland ein anderes Gesicht annehmen, womit auch eine Kehrseite verbunden sei: Die gesellschaftliche Polarisierung werde zunehmen und auch antisemitische Einstellungen, wie sie in Frankreich bereits zu beobachten seien.

Elmar Brok konstatierte derzeit bereits in Deutschland und in Europa eine schwindende politische Unterstützung für Israel. Auffällig sei dies in der jüngeren Generation, die zusehends Israel-kritischer werde. Im Europäischen Parlament gehe der Rückhalt für Israel zurück. Durch die Siedlungspolitik sei ein internationaler Vertrauensverlust entstanden, der letztlich der politischen Entscheidung der EU zu Grunde gelegen habe, Produkte aus den Siedlungsgebieten besonders zu kennzeichnen. Brok ließ aber keinen Zweifel daran, dass man auf dem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung umgekehrt auch die Unterdrückungspolitik der Hamas thematisieren müsse. Diesen Hinweis auf eine ausgewogene Sicht in der Nahost-Politik stellte Einat Wilf, vormalige Knesset-Abgeordnete, in den Zusammenhang der zionistischen Tradition und leitete daraus das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung in seiner historischen Heimat ab. Das Judentum sei mehr als eine Religion und es greife zu kurz, Israel als Ergebnis der Shoa zu begreifen. Trotz der besonderen Verantwortung Deutschlands für Israel seien in erster Linie die Gesellschaften im Nahen Osten selbst für ihre Entwicklung verantwortlich, aber das gebe wenig Anlass zu Optimismus.

### Potential der EU-Israel-Beziehungen

Die Debatte zu den EU-Israel-Beziehungen am 10. November 2015 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel stand im Zeichen der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kooperation. Fulvio Martusciello betonte die wichtige Rolle Israels als strategischer Partner der EU. Mit der einzigen Demokratie in der Region gebe es umfassende Kooperation und Dialoge in den verschiedenen Bereichen, von Bildung über Technologie und Forschung bis hin zu Handel und Sicherheitsfragen. Er warnte davor, dass kritische EU-Positionen zur Siedlungsfrage die gesamte Partnerschaft gefährdeten.

Die stellvertretende Botschafterin der israelischen Vertretung bei der EU, Shuli Davidovich, unterstrich die gemeinsamen Werte beider Partner, wie die Rechte der Frau, Minderheitenrechte oder Meinungsfreiheit. Zur Illustrierung der guten Beziehungsgrundlage erwähnte sie den regelmäßigen politischen Dialog auf höchster Ebene. Erst kürzlich seien die Hohe Vertreterin Federica Mogherini und EU-Ratspräsident Donald Tusk nach Israel gereist. Kritisch sei zu betrachten, dass die EU ihre bilateralen Beziehungen mit Israel zu sehr mit Fortschritten im schleppenden Friedensprozess verknüpfe. Malte Lehming vom „Tagesspiegel“ rief dazu auf, dem Thema Siedlungspolitik nicht zu großen Stellenwert beizumessen, sondern andere Wege der Kooperation zu gehen. Israel habe beispielsweise wertvolle Erfahrungen im Bereich der Einwanderung, Integration und der Rolle von Ethnizität und Religion zu teilen.

Oberst Ron Wisel, Attaché der Israel Defence Forces in Den Haag, wandte sich gegen die weitläufige EU-Sicht, dass die Probleme zu lösen seien. Häufig gehe es darum, die Herausforderungen so gut wie möglich zu managen. Gerade Themen wie der Islamische Staat würden uns noch viele Jahre begleiten.

Auch der Europaabgeordnete Cristian Dan Preda, Koordinator für die EVP-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, bemängelte das ungenutzte Potenzial einer verstärkten Sicherheitskooperation zwischen Israel und der EU. Das Verständnis gemeinsamer Herausforderungen auch im Nachgang des sogenannten „arabischen Frühling“ müsse in gemeinsame Politiken übersetzt werden. Gemäß Tommy Steiner vom Interdisciplinary Centre aus Herzliya führe der „IS-Faktor“ dazu, dass Politik eine stärkere religiöse Konnotation bekomme und dies berge ein großes Risiko für Israel. Steiner begrüßte die Arbeit von Think Tanks wie den politischen Stiftungen, um Diskussionen über eine Sicherheitskooperation zwischen Israel und der EU anzuregen.

#### Konkretes Kooperationsprojekt der Hanns-Seidel-Stiftung

Als Beispiel für eine grenzüberschreitende Kooperation in der Region stellten Professor Yossi Leshem von der Universität Tel Aviv, General Mansour Abu Rashid vom Amman Centre for Peace and Development und Dr. Jessica Schäckermann von der Hanns-Seidel-Stiftung Israel zwei EU-Umweltprojekte vor. Hierbei arbeiten Israelis, Palästinenser und Jordanier gemeinsam zu den Themen natürliche Schädlingsbekämpfung, Umweltschutz und Aufbau von Naturparks. Die Botschaft der Projekte ist eindeutig: Umweltschutz kennt keine Grenzen. Er versetzt Menschen aus einer politischen Konfliktregion in die Lage, miteinander friedlich in Kontakt zu treten.

**Autoren: Christian Forstner , Leiter der Verbindungsstelle Brüssel, und Katharina Patzelt, Programm Managerin Entwicklungspolitischer Dialog.**

#### **IMPRESSUM**

Erstellt: November 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)